

## Die Reformperspektive heißt: Bürgerversicherung

Am Freitag, den 26. September hat der Bundestag die Gesundheitsreform 2003 verabschiedet. Wie Ihr wisst, bin ich nicht mit allen ausgehandelten Punkten einverstanden, trotzdem habe ich dem Paket zugestimmt. (Siehe dazu auch die Erklärung, die ich deshalb zusammen mit meinen Fraktionskollegen abgegeben habe - grauer Kasten Seite 2).

Zu viele grüne Ideen sind dem Zwangskompromiss mit der Union zum Opfer gefallen, die notwendigen Kürzungen und Belastungen sind sozial ungerecht. Ganz besonders ärgert mich, dass über das Krankengeld hinaus mit der Zusatzversicherung für Zahnersatz noch mehr Belastungen für die Versicherten draufgesetzt und die Ungerechtigkeit damit verdoppelt wurde.

„Die vereinbarten Maßnahmen sind eher eine Notoperation als eine dauerhafte Sanierung des Gesundheitsfinanzierungssystems.“

Immerhin aber hat die Diskussion um diese Reform eine urgrüne Idee wieder zum Leben erweckt: die Bürgerversicherung als Weiterentwicklung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV).

### Die Idee:

Die solidarische Finanzierung der GVK wird auf alle Erwerbstätigen, also auch auf Selbstständige, Freiberufler, Beamte und Politiker ausgeweitet. Zudem werden neben dem Arbeitseinkommen alle Einkünfte wie Miet-, Zins- und Kapitalerträge zur Beitragserhebung herangezogen. Die Versicherungspflichtgrenze wird aufgehoben. Dadurch können Beiträge gesenkt und mehr Beitragsgerechtigkeit hergestellt werden, ohne medizinische Leistungen aus der GVK herauszunehmen.

### Das Ziel:

Den Anstieg der Lohnnebenkosten als eine Ursache der Massenarbeitslosigkeit zu verhindern, denn die zentrale Frage angesichts der demografischen Entwicklung in unserer Gesellschaft ist die dauerhafte Stabilisierung der Lohnnebenkosten auch im Gesundheitssystem.

### Die Vorteile:

Die sozialen Sicherungssysteme müssen in Zukunft stärker auf die Veränderungen beruflicher und privater Lebensläufe reagieren.

### Vorstandsgeflüster

Nach dem Motto „Nach der Wahl ist vor der Wahl“ werden die anstehenden Kommunal- und Europawahlen unsere politische Arbeit in den nächsten Monaten prägen. Ende November wird auf der BDK in Dresden das Europawahlprogramm verabschiedet, und die Listenaufstellung für die Kommunalwahlen sind auch in vollem Gange.

Und nach dem Motto „Es gibt auch noch etwas anderes außer Wahlen“ hatten wir am 8. Oktober unseren ersten „GRÜN direkt“-Abend: wir möchten in Zukunft unter diesem Stichwort Diskussions- und Informationsabende sowie Aktionen vor Ort zu aktuellen landes- und bundespolitischen Themen veranstalten. „GRÜN direkt“ soll allen Interessierten die Möglichkeit bieten, sich im direkten Gespräch mit dem Kreisvorstand über Themen, die alle betreffen, auszutauschen. Zum Auftakt hatten wir das Thema „Bürgerversicherung“ - lange nur ein Stichwort im grünen Wahlprogramm, jetzt macht dieser grüne Begriff Karriere.

Auf Landesebene läuft derzeit neben dem inhaltlichen Schwerpunkt „Was heißt Gerechtigkeit auf Grün?“ (siehe auch Artikel von Beate Müller-Gemmeke) eine Kampagne pro Erneuerbare Energien. Ausschlaggebend war die Widerrufung der zunächst genehmigten Windkraftanlagen auf dem Schauinsland bei Freiburg durch den Ministerpräsidenten höchstpersönlich, die über Wochen eine erbitterte Diskussion über die Zukunft unserer Stromversorgung nach sich zog und gar den Atomausstieg in Frage stellte (siehe auch die Beiträge von Boris Palmer und Birgit Lukas zum Thema). Schwerpunkt und Kampagne wollen wir mit Aktivitäten vor Ort tatkräftig unterstützen.

Es wird also auf allen Ebenen spannend bleiben!

Übrigens: wir freuen uns über jede Kritik und Anregung, was den Inhalt und das Layout unseres Rundbriefes betrifft. In diesem Sinne wünschen wir euch einen Herbst, der diesen Namen meteorologisch auch verdient hat.

Der Kreisvorstand

Fortsetzung von Seite 1

Die Reformperspektive heißt:

### Bürgerversicherung

ren. Häufige Wechsel zwischen selbstständiger und abhängiger Beschäftigung, wie sie in der heutigen Gesellschaft üblich sind, sind leichter in einem einzigen System aufzufangen, das allen Erwerbstätigen offen steht. Es ist gerechter, wenn die Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung nicht allein auf den Arbeitseinkommen lastet.

Darüber hinaus ist keine Systemumstellung nötig und die Arbeitgeber bleiben in der Mitverantwortung. Es geht im Übrigen nicht darum, einfach mehr Geld ins System zu pumpen oder gar eine konkurrenzlose Einheitskrankenkasse zu schaffen. Im Gegenteil: Wir wollen den Druck für mehr Effizienz und Wettbewerb im System erhöhen. Gesetzliche und private Krankenkassen sollen zu identischen Wettbewerbsbedingungen angeboten werden.

Es ist schon seltsam, dass ausgerechnet die Union sich so sehr gegen Wettbewerbsvorschläge sträubt. Vermutlich fürchtet sie den Abbau kartellartiger Strukturen bei Ärzten, Apotheken und Pharmaindustrie, den wir unbedingt im Auge behalten sollten.

Wir stehen erst am Anfang einer Diskussion über die Bürgerversicherung und trotzdem wird es von weiten Teilen der Union zerredet. Das ist nicht nur bedauerlich, sondern vor allem wenig hilfreich. Die Bürgerversicherung ist das sozial gerechtere Modell als eine sog. Kopfprämie (alle zahlen das Gleiche ein, egal ob reich oder arm), die von Teilen der Union und der FDP favorisiert wird. Das ist in Zeiten, in denen viel von Solidarität und (Eigen-)Verantwortung geredet wird, eine Wohltat.

Winfried Hermann  
Bundestagsabgeordneter

Hans-Christian Ströbele, Jutta Dümpe-Krüger, Winfried Hermann

Erklärung nach § 31 GO

Zur Abstimmung am 26.9.2003 über das Gesundheitsreformgesetz

Ich stimme aus folgenden Gründen dem Gesetzentwurf zu :

Der Entwurf reformiert die Strukturen des Gesundheitswesens nicht so nachhaltig und zukunftsweisend, wie es erforderlich wäre, sondern ist überwiegend auf Einspareffekte ausgerichtet.

Einsparungen sind wegen der Situation in den gesetzlichen Krankenversicherung zwar leider unumgänglich, sie sind aber nicht sozial ausgewogen genug. Die Versicherten werden einseitig etwa bei Zahnersatz und Zuzahlungen mit bis zu 17 Milliarden Euro belastet, Leistungserbringer wie Ärzte, Apotheken und Pharmaindustrie dagegen nur mit 3,5 Milliarden. Die vielbeschworene Senkung der Lohnnebenkosten verbinden viele zwar mit Hoffnungen auf Beschäftigungseffekte, sie erfolgt jedoch einseitig zugunsten der Arbeitgeber durch Verschiebung der Belastungen auf die gesetzlich versicherten Arbeitnehmer. Die aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat notwendige Kompromißbildung hat diese Einseitigkeit noch verstärkt. Auf diese Weise sind weiterhin zukunftsweisende Elemente der Gesundheitsreform verhindert worden wie z. B. die Positivliste, von der Union ganz deutlich durchgesetzt im Interesse der großen Pharmaindustrie. Auch dass die Zuzahlungen der Kassen nicht nach der Therapieeignung von Medikamenten geregelt werden, sondern Verschreibungspflichtigkeit zum Kriterium gemacht wird, weist in die gleiche Richtung. Naturheilkundliche Medizin und Homöopathie werden wieder an den Rand gedrängt. Dass auf diese Weise viele Kranke zur Einnahme von Medikamenten auf chemischer Basis statt naturheilkundlicher Medikamente genötigt werden, kann bestenfalls kurzfristig zu Einsparungen führen, längerfristig werden die Kosten des Gesundheitssystems dadurch steigen.

Deshalb ist eine Weiterführung über den jetzigen Entwurf hinaus notwendig. Soziale Ausgewogenheit zu schaffen bleibt Aufgabe. Zur Finanzierung des Gesundheitssystems brauchen wir eine Bürgerversicherung, die alle Einkunftsarten, auch Kapitaleinkünfte, einbezieht.

Trotzdem ist der Einstieg in eine Reform kurzfristig unumgänglich. Die finanzielle Situation im Gesundheitssystem läßt hier keinen Spielraum.

Wir stimmen trotz dieser Bedenken zu, weil wir die Gesundheitsreform als Teil des Reformpaktes Agenda 2010 sehen. In zahlreichen Gesprächen in den letzten Tagen haben wir den Eindruck gewonnen, dass sich in für uns wichtigen Fragen der sozialen Gerechtigkeit bei der Umsetzung der sogenannten Hartzreformen positiv etwas bewegen wird. Mit einer „Nein“-Stimme können wir die Verabschiedung dieser Gesundheitsreform ohnehin nicht verhindern. Entscheidend wird es auf unser Stimmverhalten über „Hartz III und IV“ im Oktober ankommen. Dieses werden wir danach richten, inwieweit unsere Forderungen auf soziale Korrekturen im Sinne der Kritikpunkte der Grünen Fraktion, beschlossen auf der Klausur in Miesbach im September 2003, in wesentlichen Punkten erfüllt werden.

# „Frontalangriff der Windkraftgegner“

Liebe Reutlinger Grüne!

In der Landespolitik sind zurzeit drei Themen im Brennpunkt. Der Haushalt, die Verwaltungsreform und die Windkraft. Über den Haushalt und die Verwaltungsreform werde ich euch in einer der nächsten Ausgaben des Rundbriefs genauer informieren. Heute soll es um den Frontalangriff der Windkraftgegner gehen.

Zwei Ereignisse haben die Debatte enorm angeheizt: In Freiburg gingen am Schauinsland dieser Tage zwei Windräder in Betrieb, deren Genehmigung unser Ministerpräsident widerrufen hat lassen. Die Genehmigung wurde zum Jahresanfang von der Stadt Freiburg erteilt. Das Regierungspräsidium ließ sie passieren. Auch die Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums zu einer Petition von Windkraftgegnern fiel zunächst zu Gunsten der Windräder aus. Die Genehmigung sei rechtlich nicht zu beanstanden, der Petition könne nicht abgeholfen werden.

„Dann kam der Auftritt des Ministerpräsidenten.“

Erwin Teufel kassierte die Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums und der Petitionsausschuss schlug sich mit der Mehrheit der Regierungsfractionen auf die Seite der Windkraftgegner. Nun wurde die Baugenehmigung durch das Regierungspräsidium wieder kassiert. Die Fachbeamten mühen sich derzeit redlich, den Ukas aus der Villa Reitzenstein umzusetzen, finden aber keine Handhabe. Die Betreiber der Anlage kündigen bereits millionenschwere Entschädigungsklagen an. Juristisch dürfte das eine sichere Sache sein. Auch politisch ist die rückwirkende Aufhebung einer Genehmigung per Ministerpräsidentenweisung höchst fragwürdig. Was treibt also Erwin Teufel?

Teufel zu unterschätzen, hat sich immer wieder als Fehler erwiesen.

Selbstverständlich weiß auch der Ministerpräsident, dass die Anlagenbetreiber vor Gericht siegen werden. Darum geht es offensichtlich nicht.

„Für Teufel sind die Anlagen am Schauinsland ein dreifach willkommenes Exempel.“

Erstens wissen nun alle potenziellen Windkraft-Investoren, dass sie in Baden-Württemberg nicht willkommen sind. Zweitens kann sich jeder Bürgermeister ausrechnen, was ihm blüht, wenn er bei der Genehmigung von Windrädern von Teufels restriktiver Linie abweicht. Und drittens wird Dieter Salomons in der Region vielfach gelobtes Standortkonzept zerfleddert.

Parallel tobt in Berlin ein seltsames Schauspiel. Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement hat eine Studie präsentiert, die sich gegen die Subventionierung der Windkraft wendet. Hintergrund ist die anstehende Fortschreibung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Das EEG ist das Markenzeichen grüner Energiepolitik. Für alle regenerativen Energiearten garantiert es den Stromproduzenten kostenorientierte Vergütungssätze durch die Stromversorger. Die Kosten tragen die Stromkunden über eine Umlage von derzeit etwa 0,3 Cent je kWh – rund ein Euro pro Monat für einen Familienhaushalt.

„Das politische Getöse ist ein Kampf ums Geld.“

Die Lobbys kämpfen um die Höhe der künftigen Vergütungssätze.

Im Land ist nun eine brisante Diskussionslage entstanden, den Erwin Teufel rennt nicht mehr wie einst Don Quichotte alleine gegen die Windräder an, er hat neue Verbündete bis hin zu Clement gefunden. Wir halten es in der Landtagsfraktion für unsere derzeit wichtigste Aufgabe, die Argumente für die Windkraft zu

propagieren. Ich will es hier kurz tun:

Unbestritten ist der Nutzen der Windkraft für die Umwelt. Windenergie gehört zu den grünsten Formen der Stromproduktion überhaupt. Die Wasserkraft macht Stauseen oder Staustufen erforderlich, die Solartechnik ist chemisch aufwändig und enorm teuer, Geothermie technisch erst am Anfang. Strom aus Windkraft ist praktisch CO<sub>2</sub>-frei und damit ein Beitrag zum Klimaschutz. Aus diesen Gründen hat die Windenergie bei der Mehrzahl der Bevölkerung ein sehr positives Image.

Die derzeit vorgetragenen Gegenargumente bringen aber manche ins Schwanken. Als da wären:

Gegenargument Landschaftsbild. Zweifellos verändern Windräder die Landschaft. Schön muss man sie auch nicht finden. Aber ein Windrad kann man in späteren Zeiten problemlos rückbauen, ein verändertes Klima bleibt auf lange Zeit ein Problem, ein Kernkraftwerk ebenso. Zudem will niemand die Landschaft verspargeln. Um die Klimaschutzziele zu erreichen, würde es genügen, zu den bestehenden 200 Windanlagen in Baden-Württemberg etwa 500 hinzuzufügen. Wenn dazu kleine Windparks errichtet werden, genügen dafür etwa 100 Standorte – es gibt wesentlich mehr Türme aller Art auf den Gipfel des Landes.

Gegenargument Subventionen: Richtig ist, dass die Windkraft erst durch das EEG marktfähig wurde. Deshalb hat sich die Stromproduktion aus der Windkraft seit 1998 verdreifacht. Anders als bei der Kohle handelt es sich aber nicht um eine Erhaltungssubvention aus dem Staatshaushalt, sondern um einen Beitrag aller Stromkunden, zum Aufbau einer zukunftsfähigen Energieversorgung. Die Subventionierung der Windkraft ist nicht auf Dauer ausgerichtet, sondern degressiv. In zehn Jahren soll

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

### „Frontalangriff der Windkraftgegner“

sie beendet sein. Dann erwarten die Experten, dass die Windkraft auch ohne gesetzliche Hilfe voll konkurrenzfähig sein wird. Gegenargument Flaute. Richtig ist, dass der Wind nicht immer gleich stark weht. Falsch ist, dass die Windräder deshalb nutzlos wären. Etwa 20% der Nennleistung eines Windkraftwerks kann im konventionellen Kraftwerkspark abgeschaltet werden. Dieser Wert steigt durch präzisere Wettervorhersagen ständig an. Der Kraftwerkspark der Zukunft wird von viel mehr dezentralen Anlagen gekennzeichnet sein. Das macht lokalen Leistungsausgleich deutlich einfacher. Für eine optimale Einpassung der regenerativen Energien sind Innovationen notwendig. Der Weg dahin ist aber beschrieben und gangbar.

Ich denke, man kann mit guten Argumenten für die Windkraftnutzung auch in Baden-Württemberg eintreten. Dass die Gegenargumente auch ihre Berechtigung haben, macht eine intensive Diskussion notwendig. Im Kern geht es um die Frage: Welche unbestreitbaren Nachteile (Kosten, Landschaftsbild) sind wir Heutigen zu tragen bereit, um die Lasten der künftigen Generationen zu erleichtern. Die Auseinandersetzung um die Windkraft ist damit mehr als nur ein Streit um Ästhetik oder Ökonomie, sie berührt grüne Identität.

Herzliche Grüße aus Stuttgart  
Euer Boris Palmer



## Einladung zur Kreisversammlung

am Dienstag,  
den 28. Oktober 2003,  
20 Uhr,  
Uhlandhöhe,  
Reutlingen

### Tagesordnung:

- TOP 1: BDK in Dresden vom 28.-30.11.2003  
Verabschiedung des Europawahlprogramms und Wahl der Europaliste
- TOP 2: Wahl der Delegierten für die BDK in Dresden
- TOP 3: Bericht aus dem Landesvorstand
- TOP 4: Kommunalwahl
- TOP 5: Finanzen
- TOP 5: Berichte aus den Ortsverbänden und Gremien
- TOP 6: Sonstiges

# Bericht aus dem Landesvorstand

## Es läuft gut an!

Beim ersten Bericht als Landesvorstandsmitglied ist es verständlich, dass ich mit ein paar persönlichen Worten beginnen möchte. Ein neues Gremium auf Landesebene, ich muss gestehen, der Beginn war schon ein bisschen aufregend, aber dennoch erfolgreich. Die erste Sitzung und eine Klausur im September stand noch ganz unter dem Zeichen, die thematischen Zuständigkeiten und inhaltlichen Zielsetzungen zu klären und in beiden Punkten bin ich mit den Ergebnissen zufrieden. Arbeitsmarkt und Soziales – mit Unterstützung von unserer Alterspräsidentin Irmgard Zecher in Sachen Altenpolitik - und das Thema Kommunales - sind, natürlich in Zusammenarbeit mit den Vorsitzenden, mein Zuständigkeitsbereich. Beim ersten kommunalpolitischen Papier konnte ich schon mitwirken, aber viel brennender gestaltet sich derzeit natürlich das Thema Arbeitsmarktpolitik.

## Hartz 4 – es besteht Veränderungsbedarf

Eine umfassende Arbeitsmarktreform und insbesondere die Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II ist überfällig, bei der Ausgestaltung der Gesetzesentwürfen aber besteht dringender Korrekturbedarf. Die geplante neue Leistungshöhe sowie Sanktionsmittel im Sinne von „Fordern“ werden schon von Teilen der SPD und Grünen kritisiert. Wenig Beachtung hingegen haben bislang kritische Anmerkungen bei der Seite des „Förderns“ in der Öffentlichkeit erhalten. In der letzten Landesvorstandssitzung konnte ich mich mit einem Antrag gerade zu diesen Aspekten von Hartz 4 mit folgenden Punkten durchsetzen:

Nur mit einem zweiten Arbeitsmarkt durch öffentlich geförderte Beschäftigung für Langzeitarbeitslose kann der Sockelarbeitslosigkeit begegnet werden und hierzu braucht es marktnahe echte Beschäftigungs

instrumente mit Qualifizierungs- und Betreuungsanteilen. Im Sinne von „Arbeit statt Alimentation“ müssen solche Instrumente in Hartz 4 aufgenommen werden.

Der Gesetzesentwurf unterscheidet derzeit nicht zwischen jugendlichen und älteren Arbeitslosen. Analog zur grünen Bildungsdebatte brauchen meiner Meinung nach benachteiligte junge Menschen einen besonderen Status mit eigenem Rechtsanspruch und einem festgeschriebenen Vorrang von Qualifizierungshilfen vor Vermittlung in Arbeitsgelegenheiten.

Die Bundesagentur für Arbeit als Leistungsträger mit Durchführungsverantwortung betrachte ich mit großer Skepsis. Nur die lokal gebündelten Kompetenzen von Arbeitsamt und Kommunen, Wirtschaft sowie Freien Trägern kann der Aufgabe, Arbeitslosigkeit abzubauen, gerecht werden. Wer Interesse hat, findet den vollständigen Beschluss unter [www.ba-wue.gruene.de](http://www.ba-wue.gruene.de) oder kann ihn über das Grüne Büro erhalten.

## Was heißt Gerechtigkeit auf Grün?

Die Menschen treibt derzeit die Angst um ihre ganz persönliche Zukunft oder die ihrer Kinder um. Die Sorge um den Arbeitsplatz, um die Rente, um die Versorgung bei Krankheit und um die persönlichen finanziellen Belastungen hat verständlicherweise die Sorge um Klimaschutz und Umwelt verdrängt. Wir Grünen haben in unserem Grundsatzzprogramm die historische Leistung vollbracht, den Begriff der Ge-

rechtigkeit auszudifferenzieren – aber dies reicht nicht aus. Gerade unter den heutigen Bedingungen und Sparzwängen sowie durch die notwendigen Kompromisse in Richtung Opposition besteht die Gefahr, dass die grünen Leitlinien für die Ausgestaltung der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik verschwimmen. Der Landesvorstand hat sich von daher entschieden, sich diesem Thema als Schwerpunkt anzunehmen. Der Auftakt bildet der Kongress „Open the Door – Wo, bitte, geht's in die Gesellschaft?“ mit dem Gesundheitsexperten und Mitglied in der Rürup-Kommission, Prof. Dr. Karl Lauterbach (s. Kasten). Weckt dieser Kongress großes Interesse, d.h. viele BesucherInnen, wird dieser Schwerpunkt kontinuierlich in die Landesarbeitsgemeinschaften und Kreisverbände hineingetragen und bis zum nächsten Landesparteitag verfolgt. Also, mein Appell ist klar zu hören – ich lade alle Interessierten ein und hoffe auf regen Besuch des Kongresses.

## Erneuerbare Energien sind und bleiben ein Erfolg

Neben sozialen Themen bleiben wir unserem Auftrag als ökologische Partei dennoch treu. Mit dem Aktionsschwerpunkt „Erneuerbare Energien“ in Form von zentralen und dezentralen Aktionen im Land und mit einer Plakat-Kampagne bezieht der Landesvorstand gegen die atomkraftfreundliche Politik der Landesregierung mit Ministerpräsident Erwin Teufel an der Spitze deutlich Stellung.

Beate Müller-Gemmeke

### Open the Door - Wo, bitte geht's in die Gesellschaft?

Samstag, 15.11.2003, 10.30 - 17 Uhr, vdi-Haus, Hamletstr. 11, Stuttgart

Hauptredner: Prof. Dr. Karl W. Lauterbach, Gesundheitsexperte und Mitglied in der Rürup-Kommission

Forum 1: Arbeiten, um zu leben. Moderation: Beate Müller-Gemmeke

Forum 2: Lernen, um zu leben. Moderation: Brigitte Schmid

## Aus dem Kreisvorstand

Was steht auf der Agenda???

Zurück aus der wohlverdienten Sommerpause hat sich der neuaufgestellte Kreisvorstand seine Vorhaben und Ziele formuliert und natürlich schon tatkräftig mit der Umsetzung begonnen.

Mit „GRÜN direkt“ werden wir einen regelmäßigen Informations- und Diskussionsabend zu aktuellen Themen für grüne Mitglieder, aber ebenso für alle interessierte Diskussionsfreudige anbieten. Begonnen haben wir schon mit einem Abend zum Thema Bürgerversicherung und der Verlauf dieser Veranstaltung hat gezeigt, dieses Angebot ist wichtig. Das bundespolitische Tagesgeschäft hat umfassende und schwere Reformen zu leisten, unseren politischen Ideen folgen nun die Detaildiskussionen, Kompromisse aufgrund der großkoalitionären Situation sind unumgänglich, all dies birgt Diskussions- und Klärungsbedarf und mit „GRÜN direkt“ werden wir diesem hoffentlich gerecht.

Nicht mal drei Monate trennt uns von dem Jahr 2004, eigentlich ist noch alles weit weg, aber dennoch – zwar noch still und heimlich – wir stehen schon wieder mitten in den Wahlkampf vorbereitungen für die Europa- und Kommunalwahlen. Ehrgeizig, gut aufgestellt und professionell wird es werden, dies und der Verweis auf die Kreisversammlung zur BDK in Dresden (S. 4) muss für heute reichen, im nächsten Grünen Rundbrief stehen diese Themen dann ausführlich auf der Agenda.

Unter dem Motto „Grüne für Wind und Gerechtigkeit“ werden wir natürlich auch die Schwerpunkte der Landespartei unterstützen (S. 5). Die CDU-Kampagne, die grünen Erfolge in punkto erneuerbare Energien zu diskreditieren, wollen wir mit kräftigen Gegenwind beantworten. Und in Sachen Gerechtigkeit wollen wir uns konsequent in Bundesangelegenheiten mit dem Ziel ein-

mischen, unser grünes soziales Profil zu schärfen.

Abschließend: Wen das eine oder andere Thema reizt – die Arbeit im Kreisvorstand ist selbstverständlich offen, wer Lust auf punktuelle Mitarbeit hat, der möge doch einfach Kontakt aufnehmen, denn wir freuen uns über jede Unterstützung.

Beate Müller-Gemmeke

Unser neues Vorstandsmitglied Jochen Herrmann stellt sich vor

Ich bin 36 Jahre alt und wohne aufgrund des Arbeitsplatzwechsels meiner Frau seit einem Jahr in Reutlingen. Ich arbeite als Bibliothekar in einer Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft in Stuttgart.

Mich hatte es schon seit längerem gereizt, politisch aktiv zu werden, doch war dies in einer Wochenende ohne festen Lebensmittelpunkt nur bedingt möglich. Schon kurz nach dem Umzug habe ich Kontakt zu BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufgenommen. Anfang des Jahres bin ich Mitglied und bereits ein halbes Jahr später Mitglied im Kreisvorstand geworden.

Das ging dann doch sehr plötzlich, so dass ich sicher noch etwas Zeit benötige, meinen Platz und meine Themen im Vorstand zu finden.

Seit fünf Jahren bin ich als Betriebsrat tätig. Diese Funktion, die ich neben meiner eigentlichen Arbeit ausübe, hat mir gezeigt, dass Politik Spaß machen kann. Es ist naheliegend, dass die Wirtschaftspolitik ein Thema ist, das mir sehr am Herzen liegt. Eine Arbeitswelt, die immer mehr Bevölkerungsgruppen ausgrenzt (Geringqualifizierte, alleinerziehende Frauen, ältere Menschen usw.) ist nicht weiter hinnehmbar und auch kaum noch finanzierbar.

Als begeisterter Wanderer und Fahrradfahrer liegt mir das Thema

Truppenübungsplatz Münsingen besonders am Herzen. Ich sehe darin eine große Chance, direkt vor unserer Haustür unzersiedeltes Land zu erhalten. Es wäre jammerschade, wenn kurzfristige wirtschaftliche Interessen und eingefahrene Denkschablonen, die zwangsläufig zu dem Bau von Wohn- und Gewerbegebieten führen, diese einzigartige Landschaft zerstören würden. An diesem Projekt zeigt sich für mich auch, dass die Chancen und Probleme der Gegenwart und Zukunft nur mit den unterschiedlichsten Partnern bewältigt werden können, dürften doch die Interessen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und beispielsweise dem Schwäbischen Albverein in dieser Angelegenheit so unterschiedlich nicht sein. Um an dieser Stelle keinen falschen Eindruck zu erwecken, sollte ich vielleicht noch erwähnen, dass ich auch sehr gerne Motorrad fahre und das nicht nur auf der Schwäbischen Alb.

In einer globalisierten Welt, in der die politischen Begriffe „links“ und „rechts“ weitgehend ausgedient haben, sehe ich es als eine der größten Aufgaben von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an, herauszuarbeiten und anschließend zu kommunizieren, was eigentlich grüne Politik ist. Das Bild der Grünen in der Öffentlichkeit als Umweltpartei und vielleicht auch noch als Reformmotor ist generell zu begrüßen, greift jedoch meiner Meinung nach zu kurz. Grüne Politik muss für die Wählerinnen und Wählern als pragmatische, lösungsorientierte und alle Bereiche abdeckende Politik wahrnehmbar sein, wobei das Prinzip der Nachhaltigkeit den „grünen“ Faden darstellt.

Das Erarbeiten einer solchen grünen Politik, die ihre Tauglichkeit und Zukunftsfähigkeit an der sich stetig wandelnden Realität messen lassen muss, stelle ich mir sehr spannend vor. Der dabei stattfindende offene Gedankenaustausch ist die eigentliche Motivation meiner Vorstandsarbeit.

Jochen Herrmann

# Das Erneuerbare-Energien-Gesetz: Eine wirtschaftliche Belastung?

Am 1. April 2000 wurde das Stromeinspeisegesetz vom Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) abgelöst. Einige hatten damals auf einen Aprilscherz gehofft, aber das EEG stellte schnell klar, dass es alles andere als das ist:

Im ersten Jahr nach seiner Einführung stiegen die eingespeisten Strommengen erneuerbarer Energien von 7,9 auf 13,2 Milliarden kWh - eine Steigerung um 67 Prozent! Zum Vergleich: Im Jahr zuvor lag diese nur bei 16 Prozent. Damit wurden allein im Jahr 2001 rund 35 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart und im Jahr 2002 sogar 51 Millionen Tonnen.

Im Folgenden soll aber nicht weiter auf die offensichtlichen umwelt- und klimapolitischen Vorteile, sondern vielmehr auf die Zweifel hinsichtlich der wirtschaftlichen Effizienz des EEG eingegangen werden. Denn gerade in der heute wirtschaftlich schwierigen Situation Deutschlands stellen sich folgende Fragen:

„Belastet das EEG mich als Bürger?“

Ausgangspunkt der folgenden Berechnungen sind die Vergütungszahlungen in Höhe von durchschnittlich 8,64 Cent je Kilowattstunde Strom aus erneuerbaren Energien. Im Jahre 2001 bedeutete dies einen Kostenanstieg um 0,2 Cent/kWh, was für einen Durchschnittshaushalt zu einer Mehrbelastung von maximal 8 Euro führte. Im Jahre 2010 wird diese, aufgrund eines dann höheren Anteils erneuerbarer Energien, voraussichtlich auf 14 Euro/Jahr ansteigen.

Betrachtet man im Vergleich dazu die vermiedenen Umweltkosten (Kosten durch Luftschadstoffe für das Gesundheitssystem oder Kosten durch zunehmenden Klimawandel z.B. für die Landwirtschaft und Hochwasserschäden) durch die Nutzung erneuerbarer Energien, so kommt man volkswirtschaftlich gesehen sogar zu einem Mehrertrag:

Nach einer Studie des Umweltbundesamtes (UBA (2002): „Vergleich externer Kosten der Stromerzeugung in Bezug auf das Erneuerbare-Energien-Gesetz“) betragen die volkswirtschaftlichen Einsparungen durch den nach EEG vergüteten Strom alleine im Jahr 2001 2,5 Milliarden Euro, d.h. eine Ersparnis von 31,25 Euro/Bürger.

„Belastet das EEG die Industrie?“

Welche zusätzlichen Kosten entstehen für die Industrie? Wird die Wettbewerbssituation Deutschlands aufgrund des EEG und der Ökosteuern geschwächt?

Eine Studie des Instituts für ZukunftsEnergieSysteme (IZES) im Auftrag des Bundesumweltministeriums ist zu folgendem Ergebnis gekommen:

Industriestrom ist heute fast 1/3 billiger als noch Mitte der Neunziger Jahre. Die Großabnehmerpreise für Industriestrom in der Bundesrepublik sind zwischen 1995 und 2002 von rund 7,6 Cent/kWh auf rund 5,3 Cent gefallen. Diesem Rückgang um rund 30 % steht ein EU-weiter Rückgang um nur 9 Prozent gegenüber. In den USA ist Industriestrom sogar um 7 Prozent teurer geworden.

Demnach hat sich die Wettbewerbssituation Deutschlands nicht verschlechtert, im Gegenteil, sie hat sich sogar verbessert – und das trotz EEG und Ökosteuern. Dies ist darauf zurückzuführen, dass jedem Euro Belastung durch die von der Bundesrepublik eingeleitete Energiewende rund 8 Euro Entlastung infolge der Liberalisierung des Strommarktes und den Wegfall des Kohlepennings gegenüber stehen.

„Vernichtet das EEG Arbeitsplätze?“

Das EEG hat zusammen mit den anderen von der Bundesregierung eingesetzten Instrumenten bereits im Jahr 2001 zu einem Umsatzvolumen von weit mehr als 6 Mrd. Euro geführt. Im Jahr 2002 waren im

Bereich erneuerbarer Energien 130.000 Menschen beschäftigt – mehr als in der Atom- und Kohleindustrie zusammen.

Auch die Prognos-Studie „Klimaschutz und Arbeitsplätze“ vom März 2001 bestätigt, dass Klimaschutz, der Ausstieg aus der Atomenergie und beschäftigungspolitische Ziele keine Gegensätze sind, sondern sich sogar gegenseitig positiv beeinflussen. Die Studie rechnet bis zum Jahr 2020 mit netto etwa 194.000 zusätzlichen Beschäftigten. Gezählt wurden dabei nur dauerhafte Arbeitsplätze – die Beschäftigungseffekte durch mehr Klimaschutz sind demnach kein Strohhalm.

Fazit:

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz führt nicht nur zu CO<sub>2</sub>-Einsparungen und damit einem Gewinn für die Umwelt, sondern ermöglicht auch jedem einzelnen Bürger Einsparungen. Auch dem Staat, sowie der Industrie entstehen keine zusätzlichen Kosten bzw. Wettbewerbsnachteile. Die Schaffung von neuen, dauerhaften Arbeitsplätzen durch das EEG ist gerade in der heutigen Zeit ein wichtiger positiver Effekt.

Die notwendige energiepolitische Kehrtwende kann mit diesem Instrument gesellschaftsverträglich durchgeführt werden. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist somit wohl kaum als eine wirtschaftliche Belastung zu bezeichnen.

Birgit Lukas

## Was ist das EEG?

Das EEG garantiert eine gesetzlich vorgeschriebene Mindestvergütung für eingespeisten regenerativ erzeugten Strom. Dies ermöglicht einen zumeist wirtschaftlichen Betrieb von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien. Für den Staat entstehen dabei keine direkten Ausgaben, da die Kosten auf sämtliche Stromkunden umgelegt werden. Seit Einführung des EEG wird sich der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromproduktion bis 2005 voraussichtlich auf 12% verdoppelt haben.

## Kontakte Adressen Telefonnummern

### Grünes Büro

Bündnis90/Die Grünen - KV Reutlingen  
Wilhelmstraße 89  
72764 Reutlingen  
Öffnungszeiten: Di - Do von 9 - 11 Uhr  
außerhalb der Schulferien  
und nach Vereinbarung  
☎ 07121/ 37 26 77  
Fax: 0712/ 37 26 78  
E-Mail: kv.reutlingen@gruene.de  
Internet: www.gruene.de/reutlingen  
Kreisgeschäftsführerin: Hanne Krönke  
Verkehrsverbindung: 5 min zu Fuß  
vom HBF und vom ZOB,  
RSV Linie 1 und 2

### Kreisvorstand

Jochen Herrmann  
☎ 07121/27 05 14  
E-Mail: jherrmann@kpmg.de

Dr. Sabrina Hoffstetter-Kuhn  
☎ 07125/ 15 56 20  
E-Mail: shk72574@aol.de

Marcellus Kolompar  
☎ 07121/ 47 80 37  
E-Mail: marcellus.kolompar@t-online.de

Beate Müller-Gemmeke  
☎ 07127/ 7 16 19  
E-Mail: B.Mueller-Gemmeke@gruene.de

Stephanie Steuckardt  
☎ 07121/ 57 78 45  
E-Mail: diskussion@web.de

Vorstand OV Reutlingen  
Peter Wagner ☎ 07121/ 21 06 51

Vorstand OV Metzigen  
Markus Rösner ☎ 07123 / 63 75  
E-Mail: markus-roesner@web.de

Vorstand OVPfullingen  
Michael Hagel ☎ 07121 / 75 08 10  
E-Mail: michael.hagel@gmx.net

Vorstand OV Bad Urach  
Dr. Sabrina Hoffstetter-Kuhn  
☎ 07125/ 15 56 20  
E-Mail: shk72574@aol.de

Vorstand OV Münsingen  
Markus Mörike ☎ 07381/ 6 95 44  
E-Mail: m.moerike@web.de

Landtagsabgeordneter  
Boris Palmer ☎ 0711/ 20 63 - 691  
E-Mail: boris.palmer@gruene.de

Bundestagsabgeordneter  
Winfried Hermann ☎ 07071 /25 2 7 57  
winfried.hermann@wk.bundestag.de

Bei Unzustellbarkeit oder Mängeln in der Anschrift  
Anschriftenberechtigungskarte senden an  
Bündnis 90 / DIE GRÜNEN,  
Wilhelmstraße 89, 72764 Reutlingen

Deutsche Post AG  
Entgelt bezahlt  
72764 Reutlingen

### Anzeigen

## HANFMODE



**Hanf-T-Shirts ab 11,00 €**

**NEU: Cordhosen, lange Röcke, Bluejeans,  
Sweatshirts & vieles mehr aus Hanf...**

**HanfHaus Reutlingen**

Weingärtner Straße 27 Fon 07121-33 92 23

**ALAN** *thema* **WOHNEN** GMBH  
HOFFMANNSTRASSE 12 • 72770 REUTLINGEN-BETZINGEN  
FON: 0 71 21/95 56-0 • FAX: 0 71 21/95 56-66

- Laden
- Schreinerei
- Restaurierungen

ökologisch  
bauen  
einrichten  
renovieren

**ALAN**  
BETRIEBE IN SELBSTVERWALTUNG

## Termine - Termine - Termine

- 20.10. Treffen Kommunal-AK bei Christoph Joachim
- 27.10. Treffen Kommunal-AK bei Christoph Joachim
- 28.10. Kreisversammlung, RT, Uhlandhöhe, 20 Uhr
- 15.11. Open the Door - Wo, bitte geht's in die Gesellschaft?  
10.30 - 17 Uhr, vdi-Haus, Hamletstr. 11, Stuttgart
- 17.11. Treffen Kommunal-AK, 20 Uhr, grünes Büro

### Impressum

Herausgeber: Bündnis90/Die Grünen, KV Reutlingen, Wilhelmstraße 89,  
72764 Reutlingen, ☎ 07121/ 37 26 77, Fax: 0712/ 37 26 78

Auflage: erscheint 6 Mal/Jahr

V.i.S.d.P.: Kreisvorstand des Kreisverbandes Reutlingen von Bündnis 90/ Die Grünen

Redaktion: Sabrina Hoffstetter-Kuhn

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 1; Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht,

Belegexemplare bitte an Redaktion

Bankverbindung: Konto-Nr. 44891, BLZ 640 500 00, KSK Reutlingen